

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN

Unterbringung von Flüchtlingen in der Immobilie Sonneberger Straße 20

Im Beiratsgebiet Vahr plant die Bremer Sozialbehörde ein gewerblich genutztes Objekt (Sonneberger Straße 20, 28329 Bremen) zur Unterbringung von Flüchtlingen anzumieten. Dazu gibt der Beirat Vahr folgende Stellung ab:

Deutschland und Europa befinden sich in einer besonderen historischen Situation. Die große Anzahl der Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder auch Hunger fliehen und Schutz in reichen Ländern und stabilen Demokratien suchen, stellen alle vor große Herausforderungen.

Mit der Aufgabe, die Geflüchteten und Zugewanderten menschenwürdig unterzubringen und zu integrieren sind vor allem die Kommunen konfrontiert. Die Stadtteile sind jedoch die Orte, in denen die Menschen leben, lernen und arbeiten. Der Stadtteil Vahr hat in den letzten Jahren seine humanitäre Verantwortung uneingeschränkt wahrgenommen und sich gleichzeitig um Interessensausgleich und eine positive Weiterentwicklung der Vahr insgesamt bemüht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

Darum teilen wir nicht die Kritik an dem konkreten Vorgang bei benanntem Objekt:

Die Debatte ist emotional aufgeladen, und es werden zwei Parteien gegeneinander ausgespielt, die beide als Leidtragende zu sehen sind. Die alten Mieter verlieren ganz real ihre Geschäftsräume und Investitionen, die zukünftigen Bewohner leben zurzeit in Turnhallen, Mobilbauten oder Zelten. Wir weigern uns die Belange von Bedürftigen gegen die der Verlierer in dem stattfindenden Wettbewerb um Gewerbe/Wohnflächen populistisch auszuschlachten. Wir nehmen auch erschüttert zur Kenntnis, wenn alten Mieter an den Rand ihrer Existenz gebracht werden und gewerbliche Angebote für die Bewohner der Vahr vielleicht aus dem Stadtteil gedrängt werden.

Das grundlegende Problem ist bekannt: Der (soziale) Wohnungsbau wurde über Jahre vernachlässigt. Hierauf muss politisch reagiert werden. Das braucht Zeit und wird in den nächsten Monaten zu keiner Verbesserung der aktuellen Situation führen. Dass es in diesem angespannten Wohnungsmarkt dazu kommen kann, dass Vermieter die Stadt Bremen als

lukrativen Mieter sehen, ist nicht von der Hand zu weisen. Dennoch ist der geplante Mietzins weit davon entfernt, überzogen zu sein.

Daher bitten wir alle, vereint statt gegeneinander mit aller Kraft das Übel an der Wurzel zu packen und darauf hinzuwirken, dass neuer Wohnraum insbesondere für sozial Schwache zur Verfügung gestellt wird.

Wir wünschen uns, dass in Zukunft eine einvernehmliche Lösung zwischen Altmietern und Vermietern gefunden wird, wenn Gewerbe oder Wohnräume der Sozialbehörde angetragen werden. Aufgrund der Vertragsfreiheit und den gesetzlichen Rechten der Mieter und Vermieter, kann der Beirat keine Richtlinien für einen solchen Fall aufstellen. Weiterhin sehen wir große Schwierigkeiten in der konkreten Umsetzung, wenn die Sozialbehörde verschärfte Richtlinien zur Anmietung der Objekte befolgen müsste.

Wir appellieren daher an den Vermieter, dafür Sorge zu tragen, dass bei einer Umnutzung den bisherigen Mieter möglichst ein angemessenes Anschlussangebot unterbreitet wird.

In den nächsten Jahren wird es noch weitere Steine auf diesem schwierigen Weg geben. Raum für alle, Gewerbetreibende und Bewohner des Stadtteils, das bleibt unser Ziel.

Andreas Resch und Anja Walecki, Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN